

Fraktion **direkt**

19 | 4. Juli 2014

Zur Lage

Wir können mit den ersten Monaten zufrieden sein **Mindestlohn-Kompromiss ist vernünftig**



Foto: Götz Schleser

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Sitzungswoche vor der parlamentarischen Sommerpause hatte es noch einmal in sich. Im Bundestag haben wir eine ganze Reihe von Vorhaben verabschiedet, die auch für die Union von großer Bedeutung sind.

Kurzfristig konnten wir noch eine wichtige Maßnahme abschließend beraten, um die Aufnahme von Asylbewerbern zu begrenzen. Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien werden künftig als sogenannte sichere Herkunftstaaten anerkannt. Das bedeutet, dass Asylbewerber, die aus diesen Staaten nach Deutschland kommen, hier ein beschleunigtes Verfahren erhalten, da man davon ausgeht, dass sie in ihrer Heimat nicht politisch verfolgt werden. Dies ist gerechtfertigt, weil sich die drei Länder als Teil Europas verstehen.

Deutschland ist ein offenes Land. Derzeit registrieren wir eine steigende Anzahl von Asylgesuchen. Viele Städte, Gemeinden und Landkreise haben Schwierigkeiten, die Betroffenen angemessen unterzubringen. Dies müssen wir berücksichtigen. Die neue Regelung, die noch im Bundesrat eine Mehrheit finden muss, wird die Kommunen ein wenig entlasten. Sie wird Deutschland aber auch in die Lage versetzen, weitere Flüchtlinge aus Syrien aufzuneh-

men, wo die Not der Menschen besonders groß ist.

Von großer Bedeutung ist auch das Gesetz zur Stabilisierung der Lebensversicherungen, das wir verabschiedet haben. Die Zinsentwicklung und die alte Rechtslage hätten schon auf mittlere Sicht die Erträge der Lebensversicherungen in Frage gestellt. Nun ist ein sinnvoller Kompromiss zwischen den Interessen derjenigen gelungen, deren Verträge demnächst fällig werden, und derjenigen, die erst in vielen Jahren an der Reihe sind.

*„Nun sind die Tarifpartner
am Zug“*

In der Öffentlichkeit am meisten beachtet wurde natürlich die Verabschiedung des Gesetzes über den Mindestlohn. Wir haben in den Schlussverhandlungen als Fraktion hier einiges erreicht: vor allem eine gute Lösung für die Praktikanten, die Saisonarbeiter und die Zeitungszusteller. Sonderregelungen gibt es auch für unter 18-Jährige und Langzeitarbeitslose. Als Union können wir mit diesem Kompromiss zufrieden sein. Nun sind aber auch die Tarifpartner am Zug, für einzelne Regionen eventuell zusätzliche Übergangsregelungen zu vereinbaren.

Insgesamt hat die Koalition in den ersten Monaten dieses Jahres gut gearbeitet. Deutschland hat das, was es verdient: eine zuverlässige Regierung mit Angela Merkel an der Spitze, getragen von einer Parlamentsmehrheit, die zielorientiert zum Wohle der Menschen arbeitet – bei allen Unterschieden zwischen den Koalitionsfraktionen.

Volker Kauder

Inhalt

Wir können mit den ersten Monaten zufrieden sein	1
Erfolge selbstbewusst verkaufen	2
Bundestag billigt gesetzlichen Mindestlohn	3
Mehr Geld für die Pflege	4
Breitbandausbau beschleunigen	5
„Wir müssen Licht ins Dunkel bringen“	6
Mit Drohnen eine Schutzlücke schließen	7
Juncker als EU-Kommissionspräsident nominiert	8
Bildung fördern – Hunger beseitigen	9
Ein Vertrauter geht	10
Neue Flyer zu Mütterrente und Zukunftsprojekten	10
Letzte Seite	11

Kommentar

Erfolge selbstbewusst verkaufen

Das Nörgeln überlassen wir anderen



Foto: Henning Schucht

Gerda Hasselfeldt
Erste Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die große Koalition hat ihre ersten Bewährungsproben bestanden. Mit dem Mindestlohn haben wir in wenigen Wochen das vierte Großprojekt dieser Koalition – nach dem Rentenpaket, dem EEG und dem ausgeglichenen Haushalt – auf den Weg gebracht. Das ist eine stattliche Bilanz.

Ich verhehle nicht, dass es einige Kraft gekostet hat, die Vorstellungen unseres Koalitionspartners mit unseren eigenen zu vereinbaren. Es ist uns in zahlreichen Gesprächen und Verhandlungsrunden auf allen Ebenen aber gelungen. Wir haben aus den zum Teil hochfliegenden Plänen der SPD vernünftige Politik gemacht und wichtige Akzente gesetzt. Der wichtigste von allen ist der ausgeglichene Haushalt. Den gäbe es ohne die Union mit Sicherheit nicht. Nächstes Jahr wollen wir keine neuen Schulden mehr machen. Solide und gesunde Staatsfinanzen sind die Grundlage für alles: die Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg, die Grundlage dafür, dass es den Menschen in Deutschland so gut geht. Das kann man nicht oft genug sagen.

Unsere Politik, die Politik der schwarz-roten Koalition, nutzt den Menschen: Allein von der Mütterren-

te, dem zentralen Projekt des Rentenpaketes, profitieren rund zehn Millionen Frauen. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz und seine Auswirkungen betreffen jeden in Deutschland: die Stromkunden, die Stromproduzenten, die Industrie. Vom Mindestlohn profitieren bis zu fünf Millionen Menschen. Sie verdienen künftig einen Lohn, von dem sie leben können, ohne zusätzlich auf staatliche Unterstützung angewiesen zu sein. Alle Entscheidungen sind getragen von dem Wissen, dass jeder Euro der ausgegeben wird, erst hart verdient werden muss.

„Tu Gutes und rede darüber“

Das sind die Erfolge unserer Politik. Über diese Erfolge müssen wir reden und den Fokus auf das legen, was wir – die CDU/CSU – erreicht haben. Politik passiert nicht auf dem Reißbrett, an dem es nur die Ideallösung gibt. In der Politik setzt man sich mit seinen Vorstellungen nur in wenigen Ausnahmen zu hundert Prozent durch. Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit, wie Volker Kauder immer sagt. Und diese Wirklichkeit bedeutet Kompromisse. Wenn wir immer wieder so tun, als müssten wir eigentlich viel mehr erreichen, müssen wir uns nicht wundern, wenn die Menschen das ähnlich sehen.

Tu Gutes und rede darüber, sagt der Volksmund. Wie so häufig hat der Volksmund recht. Wir haben allen Grund, die Erfolge dieser Koalition selbstbewusst als unsere Erfolge zu verkaufen. Lasst uns also mehr davon reden, was diese Koalition alles schon Gutes erreicht hat. Das Nörgeln können wir getrost den anderen überlassen.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Bundestag billigt gesetzlichen Mindestlohn

Mindestens 8,50 Euro ab 1. Januar – Tarifautonomie gestärkt



Foto: Tobias Koch

Nach langen Verhandlungen der Koalitionspartner hat der Bundestag am Donnerstag das Gesetz zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns verabschiedet. Danach steigt für rund vier Millionen Menschen zum 1. Januar der Lohn auf mindestens 8,50 Euro pro Stunde. Ausgenommen sind Jugendliche unter 18 Jahren und Langzeitarbeitslose im ersten halben Jahr einer neuen Anstellung. Mit dem Gesetz wird auch die Rolle der Tarifpartner künftig wieder ins Zentrum gerückt.

Sozialpolitiker der CDU/CSU-Fraktion lobten den Kompromiss mit der SPD als ausgewogen. Das Gesetz solle für faire und gerechte Löhne, sichere aber gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, betonte der arbeitsmarktpolitische Sprecher der Fraktion, Karl Schiewerling. Die klare Botschaft, die von dem Gesetz ausgeht, ist nach den Worten des Vorsitzenden der Arbeitnehmergruppe, Peter Weiß: „Wir wollen die Tarifautonomie in Deutschland stärken.“

„Lohndumping gehört nicht zur sozialen Marktwirtschaft“

Der CSU-Politiker Stephan Stracke erinnerte an die Leitlinie: „Gute Leistung muss sich lohnen und soll auch fair bezahlt werden.“ Sein CDU-Kollege Matthias Zimmer äußerte Zuversicht, dass nicht nur die Menschen von dem Gesetz profitierten, sondern

auch die Betriebe: „Wettbewerbsvorteile durch Lohndrückerei werden nicht mehr möglich sein.“ Auch in die Sozialversicherungen werde künftig mehr einbezahlt. Weiß betonte: „Lohndumping gehört nicht zur sozialen Marktwirtschaft.“

Schiewerling unterstrich, dass auch weiterhin Arbeitgeber und Gewerkschaften für die Löhne zuständig sind – „und nicht der Staat“. Dies kommt zum Ausdruck in der Einrichtung einer Kommission, die ab 2016 für die Anhebung des Mindestlohns im Zweijahresturnus zuständig sein soll. Ihr gehören Arbeitgeber und Gewerkschaften an. Damit soll der jetzige Eingriff in die Tarifautonomie durch die Festlegung des Mindestlohns von staatlicher Seite ein einmaliger Vorgang bleiben.

Auf Betreiben der Union gibt es auch Ausnahmen. So sollen bis 2017 Branchen ausgenommen sein, die in ihren Tarifverträgen Löhne unterhalb der 8,50 Euro vereinbart haben. Auch für Zeitungszusteller gilt eine Übergangsregelung bis 2017. Bei Saisonarbeitern – etwa im Hotel- und Gaststättengewerbe und in der Landwirtschaft – können Kost und Logis auf den Mindestlohn angerechnet werden. Der Zeitraum, in dem Saisonarbeiter ohne Beiträge zur Sozialversicherung eingestellt werden können, wird von 50 auf 70 Tage ausgedehnt.

„Für die Union stand immer im Vordergrund: Mindestlohn darf weder

Arbeitsplätze gefährden noch Branchen oder Regionen in ihrer Wirtschaftlichkeit beeinträchtigen oder gar einengen“, erklärte Schiewerling. Weiß sprach von sinnvollen Übergängen, die auf dem Weg zum Mindestlohn geschaffen wurden. Damit werde verhindert, dass es zu einer Zunahme der Schwarzarbeit komme.

„Operation am offenen Herzen“

Eine sinnvolle Lösung wurde nach Meinung aller Redner der Koalition auch für die Praktikanten gefunden. Bei Pflichtpraktika, die von der Schule oder der Universität verlangt werden, braucht kein Mindestlohn gezahlt zu werden. Das gleiche gilt für freiwillige Praktika innerhalb von drei Monaten. Damit gehöre die sprichwörtliche Generation Praktikum der Vergangenheit an, hieß es.

Wie sich der Mindestlohn auf den Arbeitsmarkt auswirkt, will die Koalition genau beobachten. Denn es handle sich hier um eine „Operation am offenen Herzen“, sagte Schiewerling. Zum Beispiel wisse man nicht, wie sich die Ausnahme für Langzeitarbeitslose in den ersten sechs Monaten nach Einstellung auswirke. Und die Altersgrenze von 18 Jahren wolle man auch im Blick behalten. Es dürfe nicht sein, dass sich junge Menschen nur wegen der Aussicht auf einen auskömmlichen Lohn gegen eine schlechter bezahlte Berufsausbildung entscheiden.

Mehr Geld für die Pflege

Verbesserungen für Betroffene, Angehörige und Pflegekräfte – Fragen und Antworten rund um die Reform

Mit dem Anstieg der Lebenserwartung steigt auch die Zahl der Menschen, die im Alter auf Unterstützung angewiesen sind. Der Bundestag beriet am Freitag in erster Runde ein Gesetz, mit dem die Pflegeleistungen zum 1. Januar verbessert werden sollen. „Fraktion direkt“ beantwortet Ihre Fragen rund um die geplanten Neuerungen.

Gute Pflege ist teuer. Was lässt sich die Koalition die Verbesserung der Leistungen kosten?

Wahr ist: Pflege wird teurer. Wer Leistungen verbessern will, braucht zusätzliches Geld. Der Beitragssatz zur Pflegeversicherung wird daher in zwei Schritten um insgesamt 0,5 Prozentpunkte steigen. Damit stehen jährlich rund sechs Milliarden Euro mehr zur Verfügung. Im ersten Schritt werden ab 1. Januar 2015 hiervon 2,4 Milliarden Euro in Verbesserungen gesteckt, die direkt bei den Pflegebedürftigen, ihren Angehörigen und den Pflegekräften ankommen.

Zwei Drittel aller Pflegebedürftigen werden von Angehörigen zu Hause gepflegt. Was verbessert sich für sie konkret?

Die Familie ist der Pflegedienst der Nation, dafür verdient sie großen Respekt. Pflegenden Angehörigen brauchen neben einer höheren finanziellen Unterstützung vor allem mehr Flexibilität. Daher müssen Leistungen möglichst individuell genutzt werden können. So werden Kurzzeit- und Verhinderungspflege genauso wie Tages- und Nachtpflege, die ja eine Auszeit vom anstrengenden Pflegealltag möglich machen sollen, deutlich ausgebaut. Und wer daheim umbauen muss, etwa das Bad umgestalten oder eine Tür verbreitern muss, bekommt in Zukunft bis zu 4.000 Euro Unterstützung pro Baumaßnahme. So können die Menschen länger zu Hause bleiben.

Das Pflegepersonal in Heimen ist oft überlastet. Gibt es nun mehr Pflegekräfte?

Pflegekräfte leisten eine wichtige und aufopferungsvolle Arbeit. Um sie zu entlasten, sollen ab 2015 bis zu 50.000 sogenannte Betreuungskräfte in den Pflegeheimen eingestellt werden. Sie haben Zeit für Gespräche oder einen Spaziergang, sie lesen vor und kümmern sich um die menschliche Seite – was heute oft zu kurz kommt. Das gibt dann den professionellen Pflegekräften die Möglichkeit, mehr Zeit auf die qualitativ hochwertige Pflege zu verwenden.

Welche Leistungen erhalten Demenzerkrankte?

Die Bedürfnisse von Menschen mit Demenz werden im heutigen System der Pflegeversicherung nicht so wie die von körperlich eingeschränkten Pflegebedürftigen erfasst. Das soll sich in Zukunft ändern. Wie das konkret aussehen kann, wird in verschiedenen Studien getestet. Die Erkenntnisse daraus wird die Koalition im nächsten Jahr weiter diskutieren und wenn machbar umsetzen.

Wie wird für die Generationen vorgesorgt, die in zwanzig Jahren in ein Alter



© Robert Kneschke - Fotolia.com

Was bedeutet die Pflegestufe 0 und welche Leistungen umfasst sie?

Die sogenannte Pflegestufe 0 erhalten ausschließlich an Demenzerkrankte. Im heutigen System bekommt derjenige eine Pflegestufe 1, der einen Grundpflegebedarf von 45 Minuten am Tag hat. Dieses Kriterium erfüllen viele Menschen mit Demenz nicht. Daher wurde die Pflegestufe 0 eingeführt. Mit ihr erhalten die Betroffenen Betreuung und Begleitung im Alltag jenseits der klassischen Pflege. Nun sollen sie erstmals auch Anspruch auf Leistungen der Kurzzeit- und Verhinderungspflege erhalten.

kommen, in dem sie auf Pflege angewiesen sein könnten?

Von der zum 1. Januar 2015 geplanten Beitragssatzerhöhung von 0,3 Prozentpunkten wird ein Drittel – und damit 1,2 Milliarden Euro jährlich – in einem Pflegevorsorgefonds angelegt. Dieser soll mindestens über zwanzig Jahre angespart werden, um dann ab 2035, wenn die Babyboomer-Generation der 60er-Jahre in die Jahre kommt, künftige Beitragszahler entlasten zu können. Um den Fonds vor unberechtigten Zugriffen zu schützen, wird er bei der Deutschen Bundesbank verwaltet.

Breitbandausbau beschleunigen

Koalitionsfraktionen wollen Kosten für Netzausbau reduzieren

Das schnelle Internet ist der Zugang zur digitalen Welt und damit ein Schlüsselfaktor für die Wirtschaft. Wenn Deutschland den Anschluss nicht verlieren will, muss der Breitbandausbau deutlich beschleunigt werden. Ziel der Koalition ist es, bis 2018 eine flächendeckende Versorgung mit Übertragungsgeschwindigkeiten von 50 Megabit pro Sekunde zu erreichen.

Aktuell sind solche schnellen Internetzugänge für gut die Hälfte der Haushalte verfügbar. Die CDU/CSU-Fraktion legte deshalb gemeinsam mit dem Koalitionspartner SPD ein konkretes Maßnahmenpaket vor, das der Bundestag am Donnerstag beriet. Schwerpunkte sind eine deutliche Kostenreduzierung beim Ausbau der Glasfasernetze, der zügige Einsatz hochleistungsfähiger Mobilfunkfrequenzen und die effiziente Verwendung von Fördermitteln.

Bestehende Netze mitnutzen

Rund 80 Prozent der Kosten beim Glasfaserausbau entstehen durch das Vergraben der Leitungen. Dieser Kostenblock soll durch die Mitnutzung anderer Netzinfrastrukturen nun deutlich reduziert werden. Denn ganz Deutschland ist durchzogen von tausenden von Strom- und Gasnetzen, von Abwasserkanälen, Fernwärmelei-

tungen und Verkehrsnetzen. Diese werden bereits jetzt teils auf freiwilliger Basis zur Verlegung von Glasfasernetzen mit genutzt, um Ausbaurkosten zu sparen. Telekommunikationsanbieter sollen künftig das Recht bekommen, Glasfaserleitungen in diesen Netzen zu verlegen. Die dazugehörige europäische Richtlinie sollte zügig durch eine Änderung des Telekommunikationsgesetzes umgesetzt werden.

Pragmatische Lösung

Damit die Menschen auf dem Land und die mittelständischen Unternehmen vor Ort bald Zugang zum schnellen Internet bekommen, muss es pragmatische Lösungen geben. Dazu gehört beispielsweise, dass bei Verkehrsprojekten wie einer Brückensanierung verpflichtend Leerrohre für zukünftige Internetkabel mit verlegt werden oder dass die teilweise noch bestehenden Oberlandleitungen zur Stromversorgung zunächst zusätzlich mit einer Glasfaserleitung ausgestattet werden. „Damit werden ländliche Gebiete schnell ins Gigabit-Zeitalter katapultiert. Die unterirdische Verlegung kann man dann später bei der nächsten größeren Baumaßnahme nachholen,“ sagte der Sprecher für digitale Infrastruktur der CDU/CSU-Fraktion, Ulrich Lange, in der Debatte.

Auf dem Land – gerade in den nördlichen und östlichen Regionen Deutschlands – kann der Einsatz von mobilem Breitband kurzfristig helfen, schnelles Internet für alle verfügbar zu machen. Mittel- und langfristig sind leistungsfähige Mobilfunknetze für die Verkehrs- und Logistikunternehmen wichtig. Die 700-Megahertz-Frequenzen eignen sich für mobiles Breitband, werden aber derzeit ausschließlich vom Rundfunk genutzt. CDU/CSU und SPD fordern, besonders in den Ballungszentren in diesem Frequenzbereich zügig eine Umstellung auf den zukunftsträchtigen terrestrischen Fernsehstandard, das sogenannte DVB-T2, vorzunehmen. Die frei werdenden Frequenzen können dann ab 2017 für mobiles Breitband im ländlichen Raum genutzt werden. Bis zum Ende des dritten Quartals dieses Jahres soll eine Einigung in den Bund-Länder-Gesprächen erzielt werden.

Ohne zusätzliche Fördermittel wird der Breitbandausbau in bestimmten Teilen des Landes jedoch nicht zu stemmen sein. Bundesfinanz- und Bundesverkehrsministerium sollten nach Auffassung der Koalitionsfraktionen deshalb mögliche Haushaltsspielräume prüfen. Erlöse aus Versteigerungen von Funkfrequenzen, die dem Bund zugehen, sollten vorrangig wieder in den Breitbandausbau fließen.



© panomacc - Fotolia.com

„Wir müssen Licht ins Dunkel bringen“

Nadine Schön über Gesetzespläne zum Schutz vor Zwangsprostitution und Menschenhandel



Nadine Schön

Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Der Schutz von Frauen vor Zwangsprostitution und Menschenhandel ist der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein wichtiges Anliegen. Bereits zu Beginn des Jahres legte sie Eckpunkte für Gesetzesänderungen und Neuregelungen vor. Seitdem laufen die Verhandlungen mit dem Koalitionspartner. Über Ziele und Zeitpläne sprach „Fraktion direkt“ mit der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Nadine Schön.

Frau Schön, Kriminalpolizisten und Hilfsorganisationen dringen auf eine Gesetzesänderung, damit endlich mehr zum Schutz der Frauen getan werden kann. Wann könnte es so weit sein?

Schön: Die zuständigen Rechts-, Innen- und Familienpolitiker der Union wollen nach den umfassenden Vorarbeiten, die wir zusammen mit vielen Kolleginnen und Kollegen in der Fraktion geleistet haben, nun möglichst zügig in das Gesetzgebungsverfahren einsteigen. Dazu stehen wir in Verhandlungen mit den Kolleginnen und Kollegen der SPD-Bundestagsfraktion sowie dem Justizministerium und dem Familienministerium. Wir wollen die Sommerpause nutzen und die erforderlichen Änderungen noch in diesem Jahr auf den Weg bringen.

Welches sind die wichtigsten Maßnahmen, um den betroffenen Frauen zu helfen?

Schön: Leider gibt es nicht nur die selbstbestimmte Prostituierte, sondern viele, die ihren Körper zum Profit anderer verkaufen müssen, die unfreiwillig hier sind und die ausgebeutet werden. Diesen Frauen müssen wir helfen. Derzeit ist es für Ordnungs- und Sicherheitsbehörden unwahrscheinlich schwer, hier aktiv zu werden. Durch das rot-grüne Prostitutionsgesetz aus dem Jahre 2004 gibt es nahezu keine Tabus. Alles ist erlaubt. Wir wollen mehr Licht ins Dunkel bringen. Dazu gehören unter anderem die Einführung einer Erlaubnispflicht für Bordelle sowie mehr Rechte für Polizei und Ordnungsbehörden zu ihrer Kontrolle. Außerdem wollen wir Anmeldepflichten für Prostituierte einführen und die Altersgrenze auf 21 Jahre anheben. Regelmäßige Gesundheitsuntersuchungen sollen es den Prostituierten ermöglichen, Kontakt zu einer vertrauenswürdigen neutralen Stelle aufzunehmen.

„Wir wollen klare Regeln für Bordelle“

Es heißt immer, Bordellbetreiber müssten weniger Auflagen erfüllen als Besitzer einer Imbissbude. Was muss sich hier ändern?

Schön: In der Tat gibt es bisher kaum Auflagen. Das geht so weit, dass auch einschlägig Vorbestrafte Bordelle betreiben dürfen. Das muss sich ändern. Wir wollen klare Regeln für Bordelle, auch im Hinblick auf Hygiene und Ausstattung. Und wir wollen, dass gewisse Geschäftsmodelle in Deutschland ganz verboten werden. Keine Frau soll ihren Körper zum Flat-Rate-Tarif anbieten müssen. Das ist menschenverachtend.

Müssen nicht auch die Freier zur Verantwortung gezogen werden?

Schön: Im Koalitionsvertrag haben wir uns darauf verständigt, gegen die Freier vorzugehen, die wissentlich und willentlich die Zwangslage der Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution ausnutzen. Es geht also keinesfalls um eine allgemeine Bestrafung von Freiern, sondern nur um die Fälle, in denen es für einen Freier wirklich offensichtlich ist, dass es sich um Zwangsprostitution handelt. Eine Strafbefreiung könnte für den Fall sinnvoll sein, dass der Freier die Behörden über die Notlage informiert oder die Zwangsprostituierte zur Polizei begleitet.

Was soll mit ausländischen Zwangsprostituierten geschehen, die von Schlepperbanden nach Deutschland gebracht werden und die hier gegen ihre Peiniger aussagen wollen?

Schön: Für die Opfer wollen wir – unter Berücksichtigung ihres Beitrags zur Aufklärung, ihrer Mitwirkung im Strafverfahren und ihrer persönlichen Situation – das Aufenthaltsrecht verbessern: Die Bestimmungen sollen für diejenigen, die aussagen, erleichtert werden. Denn derzeit befinden sich diese Frauen in großer Unsicherheit darüber, was mit ihnen nach ihrer Aussage passiert. Eine große Rolle dabei spielen natürlich auch Hilfsangebote für Prostituierte in Form von Betreuung und Beratung.

Mit Drohnen eine Schutzlücke schließen

Von der Leyen: Entscheidung obliegt immer dem Bundestag –
Otte: Einsatz ist „ultima ratio“



Foto: picture alliance / dpa

Bundeswehr-Soldaten folgen im Bundestag der Drohnen-Debatte

Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen plädiert unter bestimmten Bedingungen für den Einsatz und die Beschaffung bewaffneter Drohnen. In einer aktuellen Stunde des Bundestages sagte von der Leyen am Mittwoch, es gehe darum, eine Schutzlücke für die Bundeswehr zu schließen. Ob Drohnen bei einem Bundeswehreinsatz tatsächlich verwendet werden dürfen, darüber entscheide im Einzelfall immer der Bundestag per Mandat.

Auch der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Henning Otte, sprach sich dafür aus, dass die Bundeswehr künftig nicht nur Aufklärungsdrohnen, sondern auch bewaffnete, ferngesteuerte Luftfahrzeuge nutzen darf. Otte verwies darauf, dass die Soldaten bereit seien, ihr Leben und ihre Gesundheit für die Sicherheit des Landes einzusetzen. Dafür müsse der Bundestag ihnen auch erlauben, sich zu schützen und sich gegebenenfalls zu wehren. Der Einsatz solcher Drohnen sei immer als „ultima ratio“ gedacht. In der Koalition gibt es noch keine abgestimmte Haltung über den Einsatz dieser Fluggeräte.

Sinnvoll in asymmetrischen Konflikten

Fähigkeitslücken, die die Sicherheit der Soldaten unnötig bedrohten, könne man nicht hinnehmen, sagte auch

der CDU-Politiker Ingo Gädechens. Bewaffnete Drohnen seien insbesondere in asymmetrischen Konflikten hilfreich, Konflikten also, in denen terroristische Kräfte sich weder an das Kriegsvölkerrecht noch an humanitäre Regeln halten.

„Feuerwehrauto nicht erst beschaffen, wenn die Scheune brennt“

Der Bundestag hatte Anfang der Woche eine Expertenanhörung zum Thema Drohnen veranstaltet. Dabei hatten sich Vertreter der Bundeswehr sowie der Wehrbeauftragte des Bundestages für den Einsatz waffenfähiger Drohnen ausgesprochen. Wenn die Planung eines Angriffs auf Truppen mit Aufklärungsdrohnen in Echtzeit beobachtet werden könne, diese Truppen dann aber erst Luftunterstützung mit Hubschraubern oder Kampfflugzeugen anfordern müssten, vergingen „wertvolle Minuten“, die Soldatenleben kosten könnten, warnte von der Leyen. Wäre die Aufklärungsdrohne auch bewaffnet, könne man indes sofort eingreifen.

Das Unbehagen in der Bevölkerung beruht laut von der Leyen auf dem Bild

von Drohnen, die aus großer Distanz gesteuert und zur gezielten Tötung von Menschen eingesetzt werden. „Die Bundesregierung lehnt extralegale, völkerrechtswidrige Tötungen kategorisch ab, und das gilt für jedes Waffensystem“, betonte die Verteidigungsministerin. Auch die Vorstellung von einem unbemannten, autonomen System sei falsch. Nach wie vor sei es immer der Mensch, der entscheide, ob eine Waffe ausgelöst werde oder nicht. Deutschland setze sich für die völkerrechtliche Ächtung vollautomatisierter Waffensysteme ein. Gädechens betonte: „Die Killerdrohne ist nicht das, worüber wir reden, und nicht das, was wir wollen.“

In Afghanistan hat die Bundeswehr geleaste Aufklärungsdrohnen vom Typ Heron genutzt. Von der Leyen sprach sich langfristig dafür aus, auf europäischer Ebene eine Drohne zu entwickeln. „Es sollte ein bewaffnungsfähiges Modell sein, über dessen tatsächlichen Einsatz in jedem Einzelfall ein Mandat des Bundestages entscheidet“, sagte sie. Auch Otte betonte, der Bundestag gebe der Bundeswehr für jeden Einsatz einen klaren Handlungsrahmen und setze auch die Grenzen. Über die Beschaffung müsse aber jetzt nachgedacht werden: „Wer das Feuerwehrauto erst dann beschafft, wenn die Scheune brennt, handelt zu spät.“

Juncker als EU-Kommissionspräsident nominiert

Beschluss der EU-Chefs gegen Großbritannien und Ungarn – Wahl im Europaparlament Mitte Juli



Foto: picture alliance / dpa

Angela Merkel beim EU-Gipfel

Der frühere luxemburgische Ministerpräsident Jean-Claude Juncker soll neuer EU-Kommissionspräsident werden. Die Nominierung des Christdemokraten beschlossen die EU-Staats- und Regierungschefs auf ihrem Gipfel in der vergangenen Woche gegen den Widerstand Großbritanniens und Ungarns. Junckers Wahl im Europaparlament am 16. Juli gilt als sicher, da sich die größten Fraktionen, die Europäische Volkspartei (EVP) und die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE), bereits für ihn ausgesprochen hatten.

Bundeskanzlerin Angela Merkel betrachtet es nicht als Drama, dass der ehemalige Euro-Gruppenchef Juncker – entgegen der Gepflogenheiten – nicht einstimmig vom Gipfel ernannt wurde. Gleichzeitig bedauert sie die Haltung des britischen Premiers David Cameron, den sie im Vorfeld davon zu überzeugen versucht hatte, mit der Mehrheit zu stimmen. Merkel stellte auf dem Gipfel klar, Deutschland habe weiterhin ein großes Interesse daran, dass Großbritannien Mitglied der Europäischen Union bleibt.

Cameron will 2017 ein Referendum über den Verbleib seines Landes in der EU abhalten. Die EU-feindliche britische Partei UKIP hatte unmittelbar nach der Benennung Junckers eine sofortige Volksbefragung zum Ausstieg Großbritanniens gefordert. UKIP war in Großbritannien als Siegerin aus der Europawahl hervorgegangen.

Um London entgegenzukommen, hatte der Gipfel eine „Strategische Agenda für die Union in Zeiten des Wandels“ verabschiedet, mit der sie britische Forderungen nach Struktur-reformen aufgriff. Cameron bewegte dies aber nicht zum Einlenken. Er hatte nicht nur die Person Junckers abgelehnt, sondern auch das gesamte Verfahren zur Kür des neuen EU-Kommissionspräsidenten. EVP und SPE waren erstmals mit Spitzenkandidaten in den Wahlkampf für das neue Europaparlament gezogen, wobei Juncker für die EVP ins Rennen ging. Der Vorsitzende der EVP-Fraktion, der CSU-Abgeordnete Manfred Weber, begrüßte die Nominierung mit den Worten: „Die Stimme der Bürger Europas wurde gehört.“

Oettinger bleibt deutscher EU-Kommissar

Die neue Kommission tritt im Herbst ihr Amt für fünf Jahre an. Günther Oettinger soll nach dem Willen der Bundesregierung weiterhin Kommissar in Brüssel bleiben. Damit wird er einer der wenigen sein, der eine zweite Amtszeit antritt. Ob er das Amt des Energiekommissars behält, ist allerdings noch offen und hängt auch vom Zuschnitt der Brüsseler Behörde ab. Bestimmen müssen die EU-Staats- und Regierungschefs auch noch einen neuen Ratsvorsitzenden, einen neuen Außenbeauftragten sowie einen neuen Vorsitzenden der Euro-Gruppe.

Litauen führt den Euro ein

Litauen wird zum 1. Januar nächsten Jahres 19. Mitglied der Euro-Zone. Dies beschlossen die EU-Staats- und Regierungschefs auf ihrem Brüsseler Gipfel in der vergangenen Woche. Für die Aufnahme des baltischen Landes mit seinen drei Millionen Einwohnern hatte sich in der vergangenen Woche schon der Bundestag ausgesprochen. Er ermutigte Litauen, „den eingeschlagenen Weg zur dauerhaften Sicherung stabiler öffentlicher Finanzen und einer Politik der Stärkung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit auch als Mitglied der Währungsunion fortzusetzen“. Litauen ist 2004 der Europäischen Union beigetreten. Die EU-Kommission und die Europäische Zentralbank hatten unabhängig voneinander festgestellt, dass Litauen jetzt die Kriterien für die Einführung der Gemeinschaftswährung erfüllt. So lag die durchschnittliche Inflationsrate des Landes in den vergangenen zwölf Monaten mit 0,6 Prozent weit unter dem Referenzwert von 1,7 Prozent. Das Staatsdefizit in Höhe von 2,1 Prozent und der Schuldenstand von 39,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) unterschreiten deutlich die EU-Obergrenzen von drei Prozent bzw. 60 Prozent.

Bildung fördern – Hunger beseitigen

Fachgespräch der Unionsfraktion zum „Chancenkontinent Afrika“



picture alliance / ZB

„Chancenkontinent Afrika: Herausforderung Bildung und Ernährung“ lautete das Motto des Fachgesprächs, das die CDU/CSU-Fraktion am Mittwoch in Berlin veranstaltete. In der mit rund 250 Gästen gut besuchten Veranstaltung diskutierten Experten aus Afrika und Deutschland mit Unionsabgeordneten über Konzepte zur Lösung dieser beiden drängenden Entwicklungsfragen.

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Sabine Weiss erinnerte daran, dass Afrika mit hohen Wirtschaftswachstumsraten und einer wachsenden Mittelschicht zwar inzwischen als Kontinent der Chancen betrachtet werde. Gleichzeitig bestünden aber erhebliche Defizite bei Bildung und Ernährung, die angesichts der zu erwartenden Bevölkerungsverdopplung auf zwei Milliarden Menschen in Afrika bis 2050 beseitigt werden müssten.

Andreas Proksch, GIZ-Bereichsleiter Afrika, betonte den Zusammenhang zwischen hohen Staatsausgaben für Bildung und Ernährungssicherung und den Entwicklungserfolgen. Unterstützung sei dann erfolgreich, wenn Staat, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft an einem Strang zögen und wenn sie tatsächlich auf die Bedürfnisse der Menschen eingingen. Million Belay vom Netzwerk Alliance for Food Sovereignty aus Äthiopien stellte zwei unterschiedliche Konzep-

te zur Ernährungssicherung vor. So könne man die Produktivität in der Landwirtschaft steigern, indem man die Agrarindustrie fördere. Damit setze man auf größere Flächen und den Einsatz von Düngern und Pestiziden, riskiere aber eine Verschlechterung der Bodenqualität, eine höhere Umweltverschmutzung und eine ungesündere Ernährung. Er plädierte daher für den Ansatz der Agrarökologie, der die Förderung von Kleinbauern auf lokaler Ebene vorsehe. Diesen habe auch die GIZ in Äthiopien erfolgreich verfolgt.

„Lokale Bedingungen müssen stärker berücksichtigt werden“

Benedicto Kondowe, Koordinator des Netzwerkes Malawi Civil Society Education Coalition (CSEC), warb dafür, dass die G7-Staaten den Bildungsbereich stärker fördern. Inhaltlich müsse man aber davon wegkommen, westliche Schul- und Ausbildungsmodelle einfach auf die Entwicklungsländer zu übertragen. Lokale Bedingungen müssten stärker berücksichtigt werden.

Die Botschafterin Ruandas, Christine Nkulikiyinka erläuterte, wie durch

eine stärkere staatliche Förderung der Bildung und der Landwirtschaft bis in die Gemeinden hinein Erfolge erzielt worden seien. Die Botschafterin von Mauritius, Sarojini Seeneevassen-Frers, hob die Bedeutung des regionalen Erfahrungsaustauschs zur Verbesserung der Bildungskonzepte hervor. Sie warb für trilaterale Ansätze der Entwicklungspolitik in diesem Bereich. Danach könnte Deutschland in Zusammenarbeit mit erfolgreichen afrikanischen Ländern entwicklungspolitische Maßnahmen in anderen Ländern durchführen.

Die Vorsitzende des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dagmar Wöhrl, stellte eine Verbindung zwischen beiden diskutierten Problemfelder her. Ohne angemessene Bildung der Menschen werde auch der Hunger nicht beseitigt.

Der CDU-Abgeordnete Charles M. Huber sagte, dass in die Bildungsförderung auch die lokale Wirtschaft einbezogen werden müsse, damit Arbeitsplätze entstünden.

Der entwicklungspolitischen Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion, Sibylle Pfeiffer, zufolge kommt es vor allem darauf an, dass die afrikanischen Regierungen sich selbst anstrengten, um Verbesserungen für ihre Länder zu erreichen. Dabei dürften sie aber nicht die Bedürfnisse der einzelnen Menschen außer Acht lassen.

Ein Vertrauter geht

Kay Scheller wechselt an die Spitze des Bundesrechnungshofes



Fotos: Steven Rösler

Kay Scheller mit seiner Frau, Volker Kauder sowie Gerda Hasselfeldt

Seit Jahrzehnten im Dienst von Volker Kauder und seit knapp zehn Jahren an der Spitze der Fraktionsverwaltung – mit einem lachenden und einem weinenden Auge nahm Fraktionsdirektor Kay Scheller am Montag seinen Abschied. Der 54-jährige Jurist wird neuer Präsident des Bundesrechnungshofes in Bonn. Auf einem Empfang für die Abgeordneten und die Mitarbeiter am Montag zeigte er sogleich, dass er sein neues Amt ernst nimmt: Die Fraktion mahnte er, so sparsam zu bleiben wie bisher.

Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder dankte Kay Scheller für die enge Zusammenarbeit und das Vertrauen, das er ihm entgegen gebracht

habe. Lobend hob er hervor, dass es in all den Jahren nie eine Klage über den Fraktionsdirektor gegeben habe: „Sie haben einen guten Job gemacht“, sagte Kauder. Der Fraktionschef äußerte zudem seine Freude darüber, dass es Spitzenkräfte der Fraktion in anderen Institutionen der Republik weit bringen können. Auch die CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt betonte, dass sie gerne und vertrauensvoll mit Kay Scheller zusammengearbeitet habe.

Scheller koordinierte seit 2005 die Arbeit der CDU/CSU-Fraktion. Er verfügt auch über langjährige Erfahrung in Ministerien und im Kanzleramt. Als Präsident des Rechnungshofes prüft Scheller die Haushalts- und

Wirtschaftsführung des Bundes und der Sozialversicherungsträger.

Michael Güntner als Nachfolger begrüßt

Auf dem Empfang wurde auch Schellers Nachfolger im Amt des Fraktionsdirektors begrüßt: Michael Güntner ist ebenfalls ein langjähriger Vertrauter von Volker Kauder. Bis vor zwei Jahren war er dessen Büroleiter. Nun kehrt er aus dem Bundesinnenministerium in die Fraktion zurück.



Abschiedsempfang für Kay Scheller

Die Fraktion informiert

Neue Flyer zu Mütterrente und Zukunftsprojekten

Die Union hat die Mütterrente im Wahlkampf versprochen, in dieser Woche ist sie in Kraft getreten. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat dazu einen Flyer veröffentlicht. Ein weiterer Flyer zeigt auf, wie die Fraktion in dieser Wahlperiode Deutschland fit für die Zukunft machen will: Keine neuen Schulden für nachfolgende Generationen und Milliardeninvestitionen in Bildung und Forschung lauten die Schlagwörter.

Beide Flyer können über die Webseite www.cducsu.de/publikationen kostenlos bestellt werden.

„Mehr Gerechtigkeit für Mütter“

Mit der Verbesserung der Mütterrente wird die Lebensleistung einer ganzen Generation von Frauen gewürdigt. Diese Frauen, die vor 1992 Kinder großgezogen haben, hatten nicht die Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder, die es heute gibt. Sie hatten kaum Chancen, einem Beruf nachzugehen. Jede von ihnen hat mit der Erziehung von Kindern einen Beitrag für die Gesellschaft geleistet. Wie hoch das Rentenplus ist und wie die Rente finanziert wird – der Flyer gibt die Antworten auf diese Fragen.

„Fit für die Zukunft“

Deutschland ist gut aufgestellt. Die Wirtschaft wächst stetig, die Zahl der Arbeitslosen sinkt. Damit dies so bleibt und um Deutschland fit für die Zukunft zu machen, nimmt sich die Unionsfraktion einiges vor. Welche Maßnahmen konkret dazugehören, finden Sie einfach erklärt in einem neuen Flyer. So soll der Bund ab 2015 ohne neue Schulden auskommen, in Kitas, Bildung und Forschung sowie der Verkehrsinfrastruktur wird investiert. Weitere Maßnahmen erklärt der Flyer.

Krieg ist kein Mittel der Politik

Bundestag erinnert an den Ausbruch des Ersten Weltkrieges

Vor hundert Jahren, am 28. Juni 1914, wurden der österreichisch-ungarische Thronfolger, Erzherzog Franz Ferdinand, und seine Frau Sophie in Sarajevo von einem serbischen Nationalisten erschossen. Das Attentat löste eine politische Krise aus, die in den Ersten Weltkrieg mündete. Am Donnerstag erinnerte der Deutsche Bundestag in einer Gedenkstunde an dieses Ereignis und seine Folgen.

Bundestagspräsident Norbert Lammert wies in seiner Ansprache darauf hin, dass historische Großkonflikte wie der Erste Weltkrieg bei aktuellen außenpolitischen Auseinandersetzungen immer wieder Mahnung sein müssten, nach friedlichen Lösungen zu suchen. „Wir haben sehr viel später daraus gelernt, dass militärische Maßnahmen grundsätzlich kein geeignetes Mittel politisch gewollter Veränderungen sind“, sagte er. Sie dürften „wenn überhaupt nur das letzte Mittel der Konfliktbeilegung sein“.

Der Opfer gedacht

Diese Erkenntnis habe nicht an Aktualität verloren, werde doch mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim wieder die Unverletzlichkeit von Grenzen und die Souveränität von Staaten infrage gestellt. Doch anders als vor hundert Jahren wolle heute niemand einen Krieg, sagte der Parlamentspräsident und erinnerte an Millionen Opfer, die der Erste Weltkrieg gekostet hatte.

Der französische Publizist Alfred Grosser, Gastredner in der Gedenkstunde, blickte zurück auf die Epoche



Kriegsgräber auf dem Soldatenfriedhof von Verdun

Foto: picture-alliance / Herve Champollion / agf-images

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

Termine www.cducusu.de/veranstaltungen

7./8. Juli 2014 Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes mit dem ÖVP-Parlamentsklub
3./4. September 2014 Klausurtagung des Fraktionsvorstandes

der beiden Weltkriege, die Deutschland tief geprägt habe – bis in die heutige Zeit hinein. So hätten die Deutschen erst nach dem Zweiten Weltkrieg, nach „totaler Niederlage, nach Hitlers totalem Krieg“ die Lehren aus den Katastrophen gezogen. Erst diese bittere Erfahrung habe ein „total anderes Deutschland“ hervorgebracht, sagte Grosser, und machte deutlich, dass die Bundesrepublik ein Sonderfall in Europa „ist und bleibt“. Jedoch dürften die Deutschen heute auch stolz auf ein Vaterland sein, das sich im Gegensatz zu 1914 „auf die Werte Einigkeit und

Recht und Freiheit beruft“.

Der Politologe Grosser wurde 1925 als Sohn deutsch-jüdischer Eltern in Frankfurt am Main geboren. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten emigrierte er mit seiner Familie nach Frankreich, wo er sich später intensiv mit den ambivalenten Beziehungen der Nachbarn Deutschland und Frankreich auseinandersetzte. Für seine Rolle als Mittler zwischen den beiden Nationen wurde er vielfach geehrt.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet

www.cducusu.de

Der Blog der CDU/CSU-Fraktion

blogfraktion.de

Fraktion direkt

www.cducusu.de/fd



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusubt